

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD, FDP

zur Regierungserklärung über die Ergebnisse der NATO-Ratstagung vom 7. April und der Tagung des Europäischen Rates vom 7./8. April 1978

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihren Bemühungen, an der Sicherung des Friedens mitzuwirken. In der Regierungserklärung vom 19. Januar 1978 hat der Bundeskanzler erklärt: „Wir begreifen die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Sicherung des Friedens in der Welt auch im Jahre 1978 als wichtigste Aufgabe unseres Staates – vor unserem eigenen Volke und gegenüber unseren Nachbarn“. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung dieses Ziel zum Maßstab ihrer Entscheidungen gemacht hat.
2. Innerhalb unseres Bündnisses liegt die Entscheidung über die Produktion nuklearer Waffen ausschließlich in der Verantwortung der Kernwaffenstaaten. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung, wie alle anderen Bundesregierungen vor ihr, an der Selbstverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland festhält, nicht nach eigener Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu streben.
3. Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß die Aufrechterhaltung des Friedens vom Gleichgewicht der Kräfte abhängig ist. Wo Ungleichgewichte bestehen, müssen sie abgebaut werden. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Sorge, die im Kommuniqué der Gipfelkonferenz des Nordatlantischen Bündnisses vom 10. Mai 1977 über wachsende militärische Ungleichgewichte zum Ausdruck kommt.
4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung gerecht zu werden und zu ausgewogenen Ergebnissen im Bereich der Rüstungskontrolle zu gelangen.

Ausgehend von der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten im Zusammenhang mit der Produktion der Neutro-

nenwaffe vom 7. April 1978 ist der Deutsche Bundestag der Auffassung, daß die technologischen Möglichkeiten des Westens auch weiterhin erhalten bleiben und beim Ausgleich bestehender Disparitäten optimal genutzt werden müssen.

5. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Absicht der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten für Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung zu nutzen. Er verweist auf die Disparitäten im Kräfteverhältnis, vor allem bei dem Mittelstreckenraketenpotential und bei den Panzern. Er fordert die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin an den entsprechenden Bündniskonsultationen intensiv zu beteiligen und durch eigene Vorschläge zu einer gemeinsamen Haltung der Atlantischen Allianz beizutragen.
6. Der Deutsche Bundestag spricht, wie auch der amerikanische Präsident, die Erwartung aus, daß die Staaten des Warschauer Paktes auf die erklärte Bereitschaft der Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses, im Zusammenhang mit der Neutronenwaffe zu Fortschritten in der Rüstungskontrolle zu kommen, in konstruktiver Weise eingehen. Zugleich bekräftigt der Deutsche Bundestag seine Entschlossenheit, die Politik der Entspannung und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit fortzusetzen.
7. Unabdingbare Voraussetzung für Friedens- und Entspannungspolitik und damit für unsere Sicherheit ist die Solidarität des westlichen Verteidigungsbündnisses. Ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen den europäischen Partnern des Bündnisses und den Vereinigten Staaten sowie Kanada ist von lebenswichtiger Bedeutung.

Bonn, den 12. April 1978

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion